

# BARTOL *kompakt*

www.bartol.de

Ausgabe 09 - November 2019

+++ Vorwort +++ Statement zum Klimaschutzgesetz +++ Der SPD-Wohngipfel +++ 70 Jahre Bundestagsfraktion +++ Bundestagsfraktionsvorstand +++ Grenzgang Biedenkopf +++ Gleichwertige Lebensverhältnisse +++ THW Sommerfest +++ Bundeswehr in Stadtallendorf +++ Fraktion vor Ort zum Sozialstaat und zum Klimaschutz +++ Der Anschlag von Halle +++ Meine Reden zum Haushalt 2020 +++ Erfolge der SPD +++ Bartol unterwegs +++ Kalenderauszug +++

## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr geht so turbulent weiter, wie es begonnen hat. Ein Sommer und ein Herbst der Entscheidungen liegen hinter uns. Das Wahlergebnis in Thüringen macht uns alle fassungslos. 23,4 % der Wähler\*innen haben die AfD gewählt, mit einem Spitzenkandidaten den man nach einem Gerichtsurteil als Faschisten bezeichnen darf. Hier ist unsere gesamte Gesellschaft gefragt. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass es politische Kräfte in unserem Land gibt, die unsere Demokratie und unser gesellschaftliches Zusammenleben zerstören wollen. Wir werden uns damit niemals abfinden. Doch für uns gab es auch Erfreuliches: An dieser Stelle möchte ich Kirsten Fründt noch einmal zu ihrer fulminanten Wiederwahl schon im ersten Wahlgang zur Landrätin von Marburg-Biedenkopf herzlich gratulieren. Zudem will ich mich im gleichen Augenblick bei meiner motivierten Partei vor Ort bedanken. Ihr alle habt großen Einsatz gezeigt und so dieses Ergebnis möglich gemacht. Dieser Wahlsieg zeigt, dass unser Kreis auch in Zukunft für die SPD zu gewinnen ist. Das zu wissen, tut uns allen gut. Es gibt Zuversicht für die Wahlen, welche in den nächsten Jahren vor uns liegen. Doch bis es soweit ist, gibt es noch viel zu erledigen. Nach einer großen Niederlage bei der Europawahl im vergangenen Mai ist Andrea Nahles als Vorsitzende der SPD zurückgetreten. Das hat uns erneut vor eine große Herausforderung gestellt, viele unserer Mitglieder sind bis heute verunsichert, wie es weitergeht. Die Partei ist diesmal einen neuen Weg gegangen. Alle Mitglieder entscheiden über unseren neuen Parteivorsitz. Wir alle konnten den

engagierten Wettstreit bei den Regionalkonferenzen verfolgen. Jetzt liegt das Ergebnis der ersten Runde vor. In die Stichwahl gehen Klara Geywitz und Olaf Scholz sowie Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. Wer die SPD in Zukunft führen wird, braucht eine klare Vorstellung davon, wie sich unsere Partei weiter erneuern will. Und unsere Führung der Zukunft braucht Zustimmung in der Bevölkerung. Ich bin ein Freund klarer Worte. Ich habe meine Entscheidung bereits getroffen. Was den Ausschlag für sie gegeben hat, möchte ich Euch gern erläutern. Ich werde Klara Geywitz und Olaf Scholz wählen. Weil mich beide zusammen überzeugen: mit ihrer unterschiedlichen Erfahrung aus Ost und West, Stadt, Land und Bund. Und weil beide mit ihrer Arbeit zeigen und gezeigt haben, dass sie unser Land sozialdemokratisch gestalten. Klara hat umfangreiche landes- und kommunalpolitische Erfahrung in Potsdam und Brandenburg gesammelt, seit 2017 ist sie Mitglied im Parteivorstand. Im Landtag hat sie der AfD immer wieder die Stirn geboten und das erste Parité-Gesetz in Deutschland mit durchgesetzt, das für eine gleiche Vertretung von Frauen und Männern im Parlament sorgen soll. Sie steht für Themen, bei denen wir wieder klar erkennbar sein müssen: Gleichstellung, Ostdeutschland, Kampf gegen Rechts und Integration. Olaf ist der erfahrenste Bundespolitiker, den wir haben. Man muss ihn nicht mögen – ich mag ihn – aber man muss ihm Respekt für seine Arbeit zollen. Ob Mindestlohn, Kurzarbeitergeld, als Hamburger Bürgermeister beim sozialen Wohnungsbau, der Abschaffung von Studiengebühren oder der



Einführung kostenfreier Kitas. Ob bei seinem Einsatz für internationale Steuergerechtigkeit, Rekordinvestitionen, der Neuordnung der Länderfinanzbeziehungen und jüngst auch der Grundrente. Olaf liefert – und wie ich finde erstklassige sozialdemokratische Politik. Als Finanzminister hat er allen Skeptikern bewiesen, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehr wohl mit Geld umgehen und gleichzeitig auf Rekordniveau investieren können. Nicht umsonst ist er einer der beliebtesten Politiker des Landes.

Aber egal welches Duo am Ende gewinnt, nach dem Parteitag braucht es unsere volle Unterstützung, denn nur gemeinsam können wir die großen Herausforderungen, die vor uns liegen, meistern.

Ihr / Euer

Sören Bartol

## Mein Statement zum Klimaschutzgesetz

Die aktuellen Reaktionen auf das Klimaschutzpaket sind vielfältig. Vielen geht es nicht weit genug, einige sehen uns auf dem völlig falschen Weg, wieder anderen geht das Paket zu weit. Häufig wird lediglich an der Oberfläche diskutiert, wenn beispielsweise ein „wirkungsvoller“ CO<sub>2</sub> Preis gefordert wird. Was würde das konkret für Millionen Menschen bedeuten? Wer Klimaschutz ausschließlich über den Preis von CO<sub>2</sub> erreichen will, sorgt dafür, dass vor allem Menschen mit wenig Geld ihr Verhalten ändern und Verzicht üben müssen, solange sie keine klimaneutralen und bezahlbaren Alternativen haben. Sie können sich nicht mal eben ein neues Auto oder eine moderne Heizung kaufen. Wenn einige jetzt von unnützen Ausgaben in Milliardenhöhe sprechen, dann sind es meistens die, die sich selbst leicht einen Umstieg leisten können und auf eine starke solidarische Gemeinschaft nicht angewiesen sind. Das ist mit der SPD nicht zu machen. Wir stehen für Zusammenhalt. Insbesondere bei Verkehr und Wohnen treiben wir den Umstieg auf klimaneutrale Formen der Mobilität und der Wärmeversorgung voran und achten dabei darauf, dass wir die Bürger\*innen nicht überfordern. Mobilität wie auch Wohnen muss bezahlbar bleiben. Dafür werden wir Milliarden investieren. Im Verkehrssektor stärken wir die Schiene als Rückgrat einer Mobilitätswende. Die Deutsche Bahn unterstützen wir in den kommenden zehn Jahren zusätzlich mit zehn Mrd. Euro Eigenkapital, damit sie mehr in die Elektrifizierung, in die Digitalisierung und besseren Service im Schienenverkehr investieren kann. Wir machen das Bahnfahren billiger, indem wir die Mehrwertsteuer für Bahntickets absenken. Gleichzeitig beenden wir den unfairen Wettbewerb mit dem Luftverkehr und bekämpfen Dumpingpreise beim Fliegen. Wir stärken den Güterverkehr auf der Schiene. Als Alternative zum Lkw werden wir den Transport auf der Schiene mit Einzelwagen fördern. Außerdem erhöhen wir die Maut für Lkws, die viel CO<sub>2</sub> ausstoßen. Wir unterstützen die Antriebswende beim

Auto und bei Nutzfahrzeugen. Bis 2030 werden wir den Bau von einer Million öffentlicher Ladepunkte für E-Fahrzeuge finanziell fördern und damit bei der Elektromobilität das „Henne-Ei-Problem“ lösen. Wir werden den Gebrauchtwagenmarkt für E-Fahrzeuge ankurbeln, indem wir die Besteuerung von reinen Elektro-Dienstwagen mit einem Preis von unter 40.000 Euro auf 0,25 Prozent absenken. Die Kaufprämie für E-Fahrzeuge wird verlängert und für Autos mit einem Preis unter 40.000 Euro angehoben. Davon profitieren Käufer\*innen, die sich keine großen Autos leisten können. Wir fördern außerdem die Entwicklung von alternativen klimaneutralen Kraftstoffen wie Wasserstoff. Bei der Kfz-Steuer muss zukünftig für Fahrzeuge, die viele Klimagase ausstoßen, mehr gezahlt werden als für saubere Autos. Wer große dicke Benziner- oder Diesel-SUVs fährt, wird mehr belastet. Besitzer\*innen von sauberen Fahrzeugen werden damit finanziell begünstigt. Damit die energetische Sanierung von Gebäuden weiter vorankommt, werden wir neben den bestehenden Zuschussförderprogrammen den klimagerechten Umbau von privat genutztem Eigentum steuerlich fördern. Um den Umstieg von der Ölheizung auf eine erneuerbare Wärmeversorgung zu unterstützen, wollen wir eine Austauschprämie einführen. Bei Bundesbauten werden wir außerdem bei der energetischen Sanierung noch ambitionierter vorgehen und zusätzliche Mittel investieren. Klimaschutz passiert in den meisten Fällen vor Ort – in den

Städten und Gemeinden, dort, wo die Menschen leben, arbeiten, mobil sind. Dafür machen wir den ÖPNV attraktiver, in dem wir unsere Idee für ein 365-Euro-Ticket für Busse und Bahnen vorantreiben. Wir werden als Bund zehn Städte in Modellprojekten bei der Einführung unterstützen. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass neue Infrastruktur für Straßenbahnen, U-Bahnen und Busse mit zusätzlichen Mitteln im Rahmen des Gemeinde- und Verkehrsgesetzes (GVFG) gebaut werden können. Wir werden außerdem für mehr Verbindungen bei Bussen und Bahn sorgen, in dem wir die Mittel für den Regionalverkehr in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöhen. Gleichzeitig stärken wir die energetische Stadt-sanierung im Quartier. Dabei werden wir auch umweltfreundliche Mobilitätskonzepte, interkommunale Konzepte oder Maßnahmen der Wärmenetzplanung fördern.

Klar, ohne die notwendigen Kompromisse mit unserem Koalitionspartner wären einige Ergebnisse noch ambitionierter ausgefallen. So haben CDU und CSU bis zum Schluss bei der Windenergie gefordert, Abstandsregelungen wie in Bayern bundesweit einzuführen. Das hätte den Ausbau der Windenergie und damit der erneuerbaren Energien insgesamt deutlich eingeschränkt und nicht nur viele tausende Arbeitsplätze in der Windkraftindustrie gekostet, sondern auch den Kohleausstieg und damit die Einhaltung der Klimaziele nahezu unmöglich gemacht.

Wir machen  
Klimaschutz.  
**Sozial gerecht.**



Grafik: SonjaNeyen/istock.com



Das konnten wir verhindern, weil unsere Verhandlungsführer\*innen bis zum Schluss hart geblieben sind. Wir haben jetzt 1000 Meter Abstand vereinbart und dafür gesorgt, dass Kommunen eine Beteiligung am Betrieb von Windrädern erhalten können. Damit haben wir gegen den Willen der Union durchgesetzt, dass die Windenergie weiter ausgebaut werden kann und nicht zum Erliegen kommt. Länder und Kommunen können außerdem kleinere Abstände zulassen und Kommunen zusätzlich finanziell belohnen. Den Windausbau im Süden werden wir mit einer Regionalisierungsquote weiter anreizen. Das Ausbauziel der Windenergie auf See haben wir von 15 GW auf 20 GW bis 2030 angehoben. Die bisherigen Beschränkungen bei der Photovoltaik (PV-Deckel) entfallen ganz. Auch die Rahmenbedingungen für Mieterstrom werden wir so gestalten, dass der selbst produzierte Strom einfacher als bisher selbst genutzt werden kann. So können wir unser Ziel, 65 Prozent Erneuerbare Energien bis 2030, erreichen. So können wir auch den Kohleausstieg fortsetzen, ohne Versorgungssicherheit und Preisstabilität zu gefährden. Die sogenannte Kohlekommission hat einen Vorschlag entwickelt, wie wir parallel zum Atomausstieg auch aus der Kohle aussteigen können. Umweltverbände, Gewerkschaften, Industrie und gesellschaftliche Gruppen aus den betroffenen Regionen haben sich auf einen gangbaren Weg geeinigt. Bis zum Jahr 2030 sol-

# Klimaschutz geht nur gemeinsam.

len die im Markt betriebenen Kraftwerkskapazitäten für Braunkohle auf 9 GW und für Steinkohle auf 8 GW reduziert werden. Das werden wir jetzt umsetzen. Wir dürfen diesen Kompromiss nicht gefährden, sondern müssen noch in diesem Jahr das Kohleausstiegsgesetz zusammen mit dem Strukturstärkungsgesetz im Deutschen Bundestag beraten und beschließen. Mit dem Klimaschutzgesetz schaffen wir erstmals den gesetzlich verbindlichen Rahmen, wonach jedes Ministerium seine jährlichen Reduzierungsziele darlegen - und gegebenenfalls bei Verfehlung nachsteuern muss. Das Klimakabinett wird dauerhaft eingerichtet und erhält die Aufgabe, jährlich die Wirksamkeit, Effizienz und Zielgenauigkeit der Maßnahmen der Ministerien zu überprüfen. Erfüllt ein Sektor seine gesetzlich vorgesehen Ziele nicht, muss die\*der zuständige Ressortminister\*in dem Klimakabinett innerhalb von drei Monaten ein Sofortprogramm zur Nachsteuer-

erung vorlegen. Das Klimaschutzgesetz verpflichtet auch künftig jede Bundesregierung, kontinuierlich die Einhaltung der Klimaziele zu überprüfen und wenn nötig zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen.

Die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt. Es gilt jetzt, die Vereinbarungen in Gesetze zu gießen und zu beschließen. Wir haben einen großen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Noch nie hat eine Koalition ein derart umfassendes Klimaschutzprogramm vorgelegt. Grüne und FDP hatten in den Sondierungsgesprächen für eine Jamaika-Koalition Anfang 2018 für ein vergleichbares Klimaschutzpaket nicht die Kraft und den Durchsetzungswillen. Es ist ein guter erster Anfang auf dem Weg zu einem sozial ökologischen Umbau unserer Gesellschaft. Wir machen Deutschland fit für die Zukunft, sozial ausgewogen und wirtschaftlich stark. Mit einem milliardenschweren Investitionspaket werden wir dieses Ziel erreichen. Wir sichern Arbeitsplätze und schaffen neue, indem wir Zukunftsindustrien durch Investitionen fördern und Planungssicherheit für die Wirtschaft schaffen. Doch klar ist auch: Der Weg zu einem klimaneutralen Deutschland ist noch lang. Weitere Schritte werden folgen. Dazwischen wird es Wahlen geben, die möglicherweise neue Perspektiven eröffnen. Auf diesem Weg wird die SPD immer für soziale Gerechtigkeit sorgen, damit alle diesen Weg gehen können. Denn in einer Demokratie kann nur derjenige erfolgreich sein, der die Menschen auf seinem Weg mitnimmt.

# Klimaschutz als Chance.

## Wohngipfel der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin



Wohnen ist eine der sozialen Fragen unserer Zeit. Ein Jahr nach dem Wohngipfel, auf dem eine gemeinsame Wohnraumoffensive von Bund, Ländern und Kommunen beschlossen wurde, ist die SPD-Bundestagsfraktion bereit, weitere Maßnahmen zu ergreifen und hat deshalb im September 2019 zur Wohnkonferenz eingeladen. Ob zur Miete oder im Wohneigentum – für viele Menschen wird es immer schwieriger, Wohnraum zu finden. Das müssen wir ändern. Allein in deutschen Großstädten müssen eine Million Haushalte mehr als die Hälfte des Einkommens für die Miete ausgeben. Das ist zu viel! Das Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist, dass niemand mehr als ein Drittel seines Einkommens für die Miete ausgeben muss.

Um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen und zu sichern, brauchen wir eine grundlegende Trendwende in der Wohnungspolitik, eine mutige Vision und konkretes Handeln. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion auf der Wohnkonferenz ihre

Vision einer sozialdemokratischen Wohnungspolitik im 21. Jahrhundert vorgestellt. Dazu wurden Vertreter\*innen der Kommunalpolitik, der Wohnungswirtschaft und themenrelevanter Bürgerinitiativen zum gemeinsamen Austausch in den Deutschen Bundestag eingeladen.

Für mich ist klar, dass es mehr bezahlbaren Wohnraum für breite Teile der Gesellschaft braucht. Dafür müssen wir mindestens 100.000 Sozialwohnungen jährlich schaffen und Kommunen beim Wechsel zu einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik unterstützen. Denn auf teurem Grund können keine preiswerten Wohnungen entstehen. Auch müssen wir die Möglichkeiten zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sowie Eigenbedarfskündigungen einschränken, um die Verdrängung von Mietern aus ihrem gewohnten Umfeld zu verhindern. Mit einem Sozialpakt zwischen der Wohnungswirtschaft, Mieterschaft sowie der öffentlichen Hand wollen wir dem Wohnungsneubau

neue Impulse durch Förderung, Vereinfachung und Verantwortung geben. Da dies nicht von heute auf morgen gelingt, wollen wir den Mieter\*innen in angespannten Wohnungsmärkten mit einem fünfjährigen Mietstopp eine Atempause vor Mieterhöhungen geben. Mit Landrätin Kirsten Fründt, den Geschäftsführern der GeWoBau (Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH) Marburg Jürgen Rausch und der gwsbg (Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsbau-Genossenschaft eG) Stefan Funk, waren Vertreter\*innen aus dem Landkreis Marburg-Biedenkopf vertreten, worüber ich mich sehr gefreut habe. Die Wohnkonferenz war eine sehr gute Veranstaltung dank deren Ergebnissen es nun einen klaren Fahrplan für mehr Fairness auf dem Wohnungsmarkt gibt. Damit kann in den kommenden zwei Jahren der Großen Koalition viel erreicht werden. Jetzt liegt es an der Union ihre Ideen vorzulegen, damit wir gemeinsam die Trendwende auf dem Wohnungsmarkt einleiten können.



## 70 Jahre SPD-Bundestagsfraktion

70 Jahre gibt es unsere SPD-Bundestagsfraktion nun schon und bereits seit 17 Jahren darf ich die sozialdemokratische Politik dort mitgestalten. Seit 1949 ist der Deutsche Bundestag der zentrale Ort, an dem die politischen Weichen der Republik gestellt werden. Am 31. August 1949 ist die SPD-Bundestagsfraktion in Bonn das erste Mal zu einer Fraktionssitzung zusammengetreten. Seit dem wurden in unzähligen Fraktionssitzungen parlamentarische Initiativen erarbeitet, diskutiert und beschlossen. Die ersten Jahre der Fraktionsarbeit nach 1949 müssen von einer unvorstellbaren Spannung getragen worden sein. Mit Kurt Schumacher als erstem Fraktionsvorsit-

zenden, der viele Jahre im Konzentrationslager gelitten hatte und 25 früheren Kollegen des Reichstags, die 1933 geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatten. Gleichzeitig dem Wissen, dass 24 Mitglieder der SPD-Reichstagsfraktion ihren Widerstand gegen Hitler mit dem Leben bezahlten.

In der SPD-Fraktion wurde seitdem um wichtige Richtungsentscheidungen in der bundesrepublikanischen Politik gerungen. Darunter waren die zunächst bekämpfte Westanbindung in den 1950er Jahren und die Entspannungspolitik Willy Brandts, die in den 1970er Jahren eine wesentliche Grundlage für die spätere Auflösung der Blöcke und die Einheit

Deutschlands legte.

Später wurde über die Ablehnung Gerhard Schröders zum Irak-Krieg 2003 ebenso leidenschaftlich debattiert, wie über die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008, die Frage von Migration und Integration seit 2015 oder auch den Kohleausstieg von 2018. Auf Grundlage ihres sozialdemokratischen Wertesystems hat sich die SPD-Fraktion immer für die Belange der Bürger\*innen innen der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt und mit all ihrer Kraft für Frieden, Freiheit und Sicherheit gekämpft. Ich freue mich auf die nächsten spannenden Jahre.

Foto: Andreas Amann



## Ich bleibe Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Im September stand die Neuwahl des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion an. Ich freue mich sehr, dass ich auf Vorschlag des neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich erneut zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Meine Arbeit als Fraktions-Vize ist vielseitig, fordernd und bietet besonders eines: Gestaltungsmöglichkeiten. Deshalb bin ich glücklich und dankbar, dass mir die Fraktion erneut das Vertrauen geschenkt hat und ich meine Arbeit in gewohnter Form fortsetzen kann. Ich werde weiterhin die Bereiche Verkehr, Bau, Wohnen und Stadtentwicklung sowie digitale Infrastruktur, digitale Agenda und

Wirtschaft verantworten. Wir haben als Führungsgremium der SPD-Bundestagsfraktion viel vor

und stehen großen Herausforderungen gegenüber! Packen wir sie an!



## Grenzgang Biedenkopf

Nach sieben Jahren wurde 2019 wieder das lang ersehnte – und lang geplante - Grenzgangfest gefeiert. Ein Termin, der für viele Bürger\*innen des Landkreises und vor allem aus Biedenkopf mit Freuden erwartet wurde. Auch ich war an zwei Tagen dort und habe mitgefeiert. Die Geschichte des Fests reicht bis in das 17. Jahrhundert zurück. Damals noch

als administrativer Vorgang, bei dem während einer mehrtägigen Wanderung durch den Stadtwald der Verlauf der Stadtgrenze kontrolliert wurde. Daraus entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts ein Volksfest, das noch heute gefeiert wird. In diesem Jahr wurde im Vorhinein viel über den zeitgemäßen Umgang mit dem Fest diskutiert. Auch wir haben in-

nerparteiliche Diskussionen geführt. Ich kann sowohl Argumente der Kritiker\*innen als auch der Befürworter\*innen des Festes nachvollziehen. Fest steht:

Das Grenzgangfest in Biedenkopf war wirklich ein Erlebnis. Mehrere tausend Menschen haben wieder daran teilgenommen und das trotz erschwerter Witterungsbedingungen.



## Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sind eine Frage der Gerechtigkeit!

Auf Einladung der Landrätin Kirsten Fründt ist mein Kollege und kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Bernhard Daldrup, in den Ebsdorfergrund gereist, um gemeinsam mit der Landrätin und mit den Bürger\*innen unseres Landkreises über gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu sprechen. Bernhard Daldrup berichtete von den Maßnahmen zur Umsetzung der Ergebnisse aus der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Fest steht: Herkunft darf nicht über die Zukunft entscheiden und Lebenschancen eines Menschen dürfen nicht von der Postleitzahl abhängig sein. Um das für die Menschen vor Ort möglich zu machen, sollen Kommunen entlastet werden, denn sie müssen selbstbestimmt handeln und gestalten können. In Marburg-Biedenkopf läuft dank unserer Landrätin Kirsten Fründt vieles schon sehr gut. Nun heißt es weiterhin Investitionen zu tätigen - beim sozialen Wohnungsbau, beim ÖPNV, beim Ausbau der Kindertagesbetreuung, bei der Städtebauförderung und der Stärkung hauptamtlicher Kümmerer\*innen vor Ort.



## Besuch beim THW Sommerfest in Marburg

Auch in diesem Jahr konnte ich wieder das Sommerfest der Ortsgruppe des Technischen Hilfswerkes in Marburg besuchen. Wie gewohnt gab es allerlei leckere Dinge vom Grill und kühle Getränke. Viel wichtiger war aber die Tatsache, dass wiederum neues Gerät in den Dienst genommen werden konnte. Nach einem Bergungsräumgerät im letzten Jahr kamen in diesem Jahr ein neuer LKW-Kipper und ein Abschleppsystem hinzu. Der Ortsverband ist damit auf der Höhe der Zeit und gilt als gut aufgestellt. Es ist richtig, dass der Bund hier Geld in die Hand genommen hat und das THW zeitgemäß ausstattet. Besonders gefreut habe ich mich darüber, dass ich drei Mitgliedern des THW Marburg den Einsatzcoin „Brandbekämpfung Moorbrand Meppen 2018“ des Bundesministeriums für Verteidigung überreichen sowie eine persönliche Danksagung und eine Urkunde des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius an die gesamte Ortsgruppe überbringen konnte. Vielen Dank für dieses besondere Engagement und dafür, dass ihr immer für unsere Gesellschaft da seid.



## 100 Millionen Euro Investitionen für Kaserne in Stadtallendorf



Gute Nachrichten für Stadtallendorf und unsere Region. Das Bundesministerium der Verteidigung hat bekannt gegeben, dass die Hessenkaserne erhalten bleibt und Investitionen von mehr als 100 Millionen Euro getätigt werden, um den Standort fit für die Zukunft zu machen. Ich freue mich, dass auch ich mit meinem Kollegen aus dem Verteidigungsausschuss, Thomas Hirschler, dazu beitragen konnte. Zudem besuchte ich anlässlich des 5-jährigen Bestehens der Division Schnelle Kräfte einen Fahnenappell sowie den Tag der offenen Tür in der Herrenwaldkaserne. Hier nahm ich an einem Rundgang mit dem neuen Divisionskommandeur Generalmajor Hannemann und meinem Landtagskollegen Stephan Grüger teil. Es ist wichtig, dass unsere Parlamentsarmee sich zeigt und dazu ist ein „Tag der offenen Tür“ sehr geeignet. Die Verankerung in der Region zeigte sich durch den großen Andrang an interessierten Bürger\*innen.

## Fraktion vor Ort zum Sozialstaat

Digitalisierung, Globalisierung und der demographische Wandel mit allen damit einhergehenden Herausforderungen werfen viele Fragen auf und rufen nach einem Sozialstaat auf der Höhe der Zeit. Wir haben in der SPD-Bundestagsfraktion viel Arbeit in die Erstellung eines Plans für den Sozialstaat der Zukunft gesteckt. Darüber habe ich zusammen mit unserer Fraktionssprecherin für Arbeit und Soziales, Kerstin Tack, dem Landesbezirksleiter von ver.di Hessen Jürgen Bother und rund 50 Interessierten am 23. Mai diskutiert. Dabei wurde sehr deutlich, wie unterschiedlich die Vorstellungen und wie vielfältig die Ideen der Menschen sind, wenn es um dieses Thema geht. In einer sich rasch ändernden Arbeitswelt, wollen wir den Bürger\*innen Chancen und Schutz im Wandel ermöglichen. Dazu gehört gut bezahlte Arbeit genauso wie die Anerkennung von Lebensleistung. An dieser Stelle ging es natürlich auch um einen perspektivischen Mindestlohn

von 12 Euro. Unsere Leitlinien für den Sozialstaat von morgen setzen auf Leistungsgerechtigkeit und Solidarität statt auf Ellenbogen. Dafür setzen wir uns schon heute ein: Mit dem Starke-Familien-Gesetz unterstützen wir gezielt Familien, in denen trotz Arbeit das Geld knapp ist. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Kindergrundsicherung. Das Qualifizierungschancengesetz eröffnet Chancen im Wandel über mehr Wei-

terbildung im Job. Mit dem sozialen Arbeitsmarkt schaffen wir endlich echte Jobs für Langzeitarbeitslose. Und nicht zuletzt werden wir hoffentlich mit der Grundrente Lebensleistung anerkennen und Menschen nach einem Leben voller Arbeit vor Armut schützen. Ich habe mich sehr über die gute Diskussion zu diesem so wichtigen und zukunftsweisen Thema gefreut.



## Fraktion vor Ort zum Klimaschutz, leider ohne mich

Das war eine echte Premiere: Meine erste Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung ohne mich und dann ausgerechnet die lang vorbereitete Veranstaltung zum Klimaschutzgesetz gemeinsam mit Fridays for Future Marburg. Matthias Miersch und ich mussten kurzfristig zu abschließenden Beratungen zum Klimaschutz in Berlin bleiben, somit sind kurzfristig mein Bundestagskollege Timon Gremmels und unsere Landrätin Kirsten Fründt eingesprungen. An dieser Stelle noch einmal meinen herzlichen Dank dafür. Es wurde zwei Stunden lang leidenschaftlich debattiert. Da ich mein Versprechen - auch über das Klimaschutzgesetz mit der SPD Marburg-Biedenkopf zu diskutieren - halten will, wird es nun am 31. Oktober einen mitgliederoffenen Unterbezirksausschuss geben.



## Der Anschlag von Halle - mehr als ein Weckruf!

Der Anschlag in Halle am 9. Oktober hat mich erschüttert. Der antisemitische Angriff gegen eine Synagoge, der zwei Todesopfer forderte, führt uns vor Augen, was viele vermuteten und niemand gerne zugeben möchte: Wir haben (immer noch) ein Problem mit Antisemitismus in Deutschland. Jüdisches Leben gehört zu Deutschland. Wer Verschwörungstheorien verbreitet, Jüdinnen\*Juden verbal oder körperlich angreift, hat kein Verständnis zu erwarten, sondern muss mit der Härte des Rechtsstaats rechnen. Doch auch in der Zivilgesellschaft muss sich einiges tun. Wer antisemitische Sprüche oder Beleidigungen hört, sollte sich nicht hinter einer Mauer des Schweigens verstecken oder so tun, als ob es ihn oder sie nichts angeht. Wir alle müssen laut widersprechen und uns soli-

darisch an die Seite derer stellen, die angegriffen werden. Es gibt leider unzählige Beispiele in der Geschichte, die uns zeigen, was passiert, wenn rechtsextrêmes, antisemitisches Gedankengut unwidersprochen bleibt: Denn wer sich sicher in seinem Hass fühlt, wer eine ganze Gesellschaft hinter sich wähnt, lässt seinen Worten Taten folgen. Immer wieder erfahren wir durch die Nachrichten von menschenfeindlichen Angriffen. In diesem Jahr haben wir mit dem Mord an Walter Lübcke und dem geplanten Anschlag auf die Synagoge, dem zwei Menschen zum Opfer fielen, drastisch vor Augen geführt bekommen, dass wir ein ernstzunehmendes rechtsextremistisches Problem in Deutschland haben. Zu lange haben wir gehofft, dass alle aus der Vergangenheit Deutschlands gelernt

haben. Spätestens seit Aufdeckung des NSU ist klar: Es gibt aktive rechtsextreme Netzwerke in Deutschland. Ich möchte den Angehörigen der Ermordeten meine tiefe Anteilnahme aussprechen. Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer über 150-jährigen Geschichte immer gegen rechtes Gedankengut gekämpft und auf der Seite der von ihm Bedrohten gestanden. Lasst uns dies auch in diesen Zeiten beibehalten und laut widersprechen, wenn Lügen, Beleidigungen und Verschwörungstheorien versucht werden salonfähig zu machen. Dies ist Aufgabe und Pflicht jedes einzelnen - die Zeiten sind zu heikel, um die Verantwortung auf andere zu schieben.



## Meine Reden in der Haushaltsdebatte 2020 - Verkehr



Die Haushaltsberatungen im Verkehrsbereich wurden diesmal von der Debatte um den Klimaschutz geprägt. Wir sind uns bewusst, dass wir dabei zu Recht unter starker Beobachtung stehen; denn es geht um das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, um die Zukunft unserer Kinder und um die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, sich mobil bewegen zu können. Die Klimaschutzdiskussion ist zu stark vom dafür oder dagegen geprägt. Entweder man ist für Elektromobilität oder dagegen. Entweder man ist für die Eisenbahn oder dagegen. Entweder man ist für das Fliegen oder dagegen. Das bringt uns nicht weiter. Die Pendlerin interessiert dieses entweder-oder nicht. Sie will vielmehr wissen, ob sie sich die Fahrt zur Arbeit zukünftig noch leisten kann. Der Rentner fragt zu Recht, warum alle vom ÖPNV reden, aber bei ihm nur zweimal am Tag ein Bus fährt. Und der Familienvater wundert sich zu Recht, warum ihm alle raten, ein Elektrofahrzeug zu kaufen, es aber aus seiner Sicht noch keine bezahlbaren Modelle auf dem Markt gibt. Es ist richtig, dass klimaschädliches Kohlendioxid einen Preis bekommen muss. Wer sich klimafreundlich verhält, muss mehr Geld in der Tasche haben als der oder die, der bzw. die nicht aufs Klima achtet. Wir dürfen dabei jedoch nicht einfach nur bestimmte Mobilitätsformen teurer

machen, ohne dass es eine bezahlbare, saubere Alternative gibt. Was bringt es dem Klimaschutz, wenn das Tanken von klimaschädlichem Benzin in den kommenden Jahren schrittweise teurer wird, die Menschen aber mangels Wahlmöglichkeiten keinen Liter weniger verbrauchen? Genau hier sehe ich uns alle in der Verantwortung, kluge, abgewogene und sozialverträgliche Entscheidungen zu treffen. Die Mobilitätswende braucht die Antriebswende im Automobil. Daher bekennen wir uns zur Elektromobilität, und, wo sinnvoll, auch zu Biokraftstoff, Wasserstoff und zu synthetischen Kraftstoffen. Um die Elektromobilität zu unterstützen, werden wir die Mittel für öffentliche Ladesäulen mindestens verdoppeln und zusätzlich private Nutzerinnen und Nutzer finanziell unterstützen. Wir werden außerdem die Kaufprämie für Elektrofahrzeuge zu einem sozial gestaffelten Bonus fortentwickeln. Der VW-Golf-Fahrer braucht mehr Unterstützung als die Tesla-Fahrerin. Wir wollen, dass jede und jeder flächendeckend mit Bus und Bahn zu bezahlbaren Preisen, egal ob in der Großstadt oder auf dem Land, unterwegs sein kann. Mit einem Masterplan ÖPNV von Bund, Ländern und Kommunen wollen wir das sicherstellen. Dazu braucht es mehr Infrastruktur, zusätzliche Fahrzeuge und bezahlbare Preise sowie guten Service für die Kundschaft. Unser Ziel ist ein 365-Euro-Ticket, das bis 2030 deutschlandweit eingeführt wird. Die Zahl der Modellstädte muss schrittweise wachsen. Dazu gehört aber auch, dass wir die ÖPNV-Finanzierung von Bund, Ländern und Kommunen ganz neu organisieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das braucht Zeit.

Insbesondere auf dem Land wird uns die Digitalisierung helfen, Busse und Bahnen besser zu organisieren. Dazu müssen wir bei der Modernisierung des Personenbeförderungsrechtes zügig vorankommen. Klar ist aber auch: Eine Reform wird es nur geben, wenn wir auch eine wirksame Regelung bei den Sozialstandards für die eigenwirtschaftlichen Verkehre im klassischen ÖPNV schaffen. Lohndumping auf dem Rücken von Busfahrerinnen und Busfahrern müssen wir einen Riegel vorschieben. Wir werden das Reisen mit der Eisenbahn und den Transport von Gütern auf der Schiene attraktiver machen. Dazu gehören zusätzliche Investitionen in den Erhalt und Ausbau des Schienennetzes. Dabei werden wir bei der Finanzierung aber auch über die Verwendung der Mittel aus der Lkw-Maut reden müssen. Es wird einen Taktfahrplan geben, der lange Wartezeiten verhindert und schnelles Umsteigen ermöglicht. Bahntickets müssen billiger werden, indem wir die Mehrwertsteuer absenken.

Gleichzeitig schlagen wir auch eine Reduktion der EEG-Umlage auf sauberen Bahnstrom vor. Wir werden auch gegen Dumpingpreise im Luftverkehr vorgehen. Es kann nicht sein, dass der Preis für ein Flugticket noch nicht einmal der Höhe von Steuern und Abgaben entspricht und damit billiger als Bahnfahren ist. Bei all dem werden wir weiter auf Rekordniveau in die Verkehrswege investieren. Gerade in Zeiten einer schwächelnden Konjunktur ist das wichtig. Wir arbeiten weiter gegen Staustrecken, Langsamfahrstellen und bröckelnde Brücken; dabei werden wir nicht nachlassen.



## Meine Reden in der Haushaltsdebatte 2020 - Bau & Wohnen

Für diese Große Koalition ist es der Herbst der Entscheidung. In wenigen Wochen werden wir zur Halbzeit der Legislaturperiode unsere gemeinsame Arbeit bilanzieren. Für mich wird eine entscheidende Frage sein: Was haben wir bei den sozialen Fragen unserer Zeit erreicht? Dazu gehört: Können sich Menschen ihre Wohnung leisten? Für mich ist klar: Wohnen muss für alle bezahlbar sein. Die Studie der Bertelsmann-Stiftung hat der Großen Koalition ein gutes Zeugnis ausgestellt. Im Bereich „bezahlbares Wohnen“ haben wir auch die meisten Vorhaben abgearbeitet und sind noch dabei. Dafür möchte ich auch Christine Lambrecht, Olaf Scholz und Katarina Barley danken. Beim Koalitionsausschuss und beim Wohngipfel haben sie in kurzer Zeit extrem viel erreicht, auch über den Koalitionsvertrag hinaus. Zum Beispiel verlängern wir die Mietpreisbremse bis 2025 und führen einen Rückzahlungsanspruch ein. Wir erweitern den Betrachtungszeitraum beim Mietspiegel. Wir senken die Maklerkosten und reduzieren die Möglichkeiten, Miet- in Eigentumswohnungen umzuwandeln. Auf der anderen Seite haben wir 500 Millionen Euro extra für den sozialen Wohnungsbau durchgesetzt. Wir haben dafür gesorgt, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben eine 180-Grad-Wende macht. Endlich richtet sie ihre Liegenschaftspolitik am Gemeinwohl aus, und das gilt künftig auch für das Bundeseisenbahnvermögen. Mit dem Haushaltsentwurf 2020 gehen wir sogar noch einen Schritt weiter: Wir schaffen die Voraussetzung dafür, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zum sozialen Vermieter wird. Ihre Mieten orientieren sich künftig am unteren Ende des Mietspiegels und sind auf maximal 10 Euro pro Quadratmeter begrenzt. Auch im Baubereich haben wir große Erfolge erzielt. Bei der Städtebauförderung haben wir in der vergangenen Legislaturperiode die Mittel verdoppelt und halten sie auf dem jetzigen Niveau. Beim sozialen Wohnungsbau haben wir mit der Grundgesetzänderung da-

für gesorgt, dass der Bund langfristig Verantwortung übernehmen kann. Dafür geben wir in dieser Legislaturperiode 5 Milliarden Euro aus. Wenn der Bundestag in den kommenden Monaten zustimmt, verbessern wir zum 1. Januar 2020 auch noch das Wohngeld. Wir wollen es erhöhen und automatisch an die Entwicklung der Bestandsmieten und Einkommen anpassen. Damit werden mehr Menschen Anspruch auf Wohngeld haben, und dadurch verhindern wir, dass viele Menschen in die Grundsicherung abrutschen. Klar: Das Wohngeld ist kein Allheilmittel, wie es gerne von den Kolleginnen und Kollegen der FDP erklärt wird, aber das Wohngeld hilft, Menschen schnell und zielgenau zu entlasten. Ja, auch das Baukindergeld ist eine Erfolgsgeschichte. Es unterstützt junge Familien überall in Deutschland, wenn sie in die eigenen vier Wände ziehen wollen. Seit das Programm gestartet ist – der Minister hat darauf hingewiesen –, haben schon mehr als 100 000 Familien Baukindergeld beantragt. Viele Familien, die die Förderung bekommen, haben ein Haushaltseinkommen von maximal 40 000 Euro im Jahr; knapp 60 Prozent der Antragsteller gehören in diese Einkommensgruppe. Das heißt, wir helfen damit wirklich denjenigen, die es besonders brauchen. Insgesamt gibt das Bundesinnenministerium in dieser Legislaturperiode rund 16 Milliarden Euro im Baubereich aus. Angesichts der Probleme auf dem Wohnungsmarkt ist das einfach gut investiertes Geld. Wenn wir jetzt Zwischenbilanz ziehen, bleibt trotzdem die Frage: Reicht das aus, damit Wohnen bezahlbar bleibt und die Mieten finanzierbar sind? Und: Was wollen wir in den kommenden zwei Jahren noch erreichen? Die SPD-Bundestagsfraktion hat eine klare Vorstellung davon, wie eine echte Trendwende auf dem Wohnungsmarkt gelingt – auch ohne Enteignung. Ja, wir müssen die Möglichkeiten einschränken, Mietin-Eigentumswohnungen umzuwandeln. Zum Beispiel wurden in Berlin zwischen 2012 und 2017 über 74 000 Wohnun-

gen umgewandelt. In den meisten Fällen heißt das: Mieterinnen und Mieter werden aus ihren Wohnungen verdrängt, sei es dadurch, dass die Mieten erhöht werden, oder weil ihnen wegen Eigenbedarf gekündigt wird. Deshalb ist es gut, dass wir unseren Koalitionspartner davon überzeugen konnten, noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen, mit dem dieses Problem eingedämmt wird. Vielleicht schaffen wir es ja auch noch, den Missbrauch bei den Eigenbedarfskündigungen schärfer zu ahnden. Ich glaube, das wäre ein echter Erfolg für Mieterinnen und Mieter. Selbstverständlich gehört auch dazu, dass wir den bezahlbaren Neubau weiter ankurbeln. Aktuell fallen im sozialen Wohnungsbau jährlich mehr Wohnungen aus der Bindung, als dass preisgebundene entstehen. Auch hier müssen wir gegensteuern. Die Baulandkommission hat Anfang Juli wichtige Weichen für eine schnellere Baulandmobilisierung und eine soziale Bodenpolitik gestellt. Künftig wird die öffentliche Hand wieder mehr Einfluss nehmen können. Die Entwicklung unserer Städte können wir nicht allein dem Markt überlassen. Das ist die originäre Aufgabe der Städte und Gemeinden gemeinsam mit den Menschen, die dort leben und arbeiten. Sie müssen sagen können, was mit dem Boden passiert, ob gebaut wird und, wenn ja, für wen. Ich möchte, dass wir mit der kommenden Baugesetzbuchnovelle Spekulationen mit Grund und Boden eindämmen und möglichst verhindern. Denn klar ist: Auf teurem Boden wird trotz aller Anstrengungen kaum günstiger Wohnraum entstehen. Deshalb brauchen wir diese Trendwende in der Bodenpolitik. Bezahlbar, gut und nachhaltig zu wohnen, ist ein essenzielles Grundbedürfnis. Dafür brauchen wir einen gestaltungswilligen und vor allen Dingen einen handlungsfähigen Staat. Jetzt wird entschieden, was wir tun, damit der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft funktioniert. Lassen Sie uns als Deutscher Bundestag gemeinsam daran arbeiten.

## Erfolge und Vorhaben der SPD im Bundestag

### Neue Regelung für Postdienstleister

Endlich ist Schluss mit der Ausbeutung von Paketboten! Wir haben uns erfolgreich mit unserer Forderung durchgesetzt, eine Nachunternehmerhaftung für Subunternehmer einzuführen. Damit werden große Paketdienste bald verpflichtet, für nicht gezahlte Sozialabgaben ihrer Subunternehmer aufzukommen. So schieben wir nun auch in der Paketbranche Lohndumping und Tricksereien mit dem Mindestlohn einen Riegel vor.

### Mindestausbildungsvergütung

Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Sie lernen und packen mit an. Dafür haben sie einen fairen Lohn verdient! Wir haben lange für den Azubi-Mindestlohn gekämpft. Dieser ist nun auf den Weg gebracht.

### BAföG

Ein Studium darf nicht am Geld scheitern. Deshalb haben wir ab dem Wintersemester 2019 das BAföG erhöht. Auch für die Wohnkosten gibt es mehr Geld. Und wir geben mehr jungen Menschen aus Familien mit mittleren Einkommen einen BAföG-Anspruch.

### Berufsausbildungsbeihilfe

Endlich hat es geklappt: Ein Ausbildungsplatz ist gefunden. Aber der Betrieb ist zu weit weg von zu Hause. Und die Ausbildungsvergütung reicht nicht, um die Miete für eine eigene Wohnung zu bezahlen. Was nun? Damit die Ausbildung trotzdem starten kann, gibt es in bestimmten Fällen einen Zuschuss vom Staat: die Berufsausbildungsbeihilfe. Sie ist gewissermaßen das BAföG für Azubis. Im Bundestag wurde nun beschlossen, diesen Zuschuss zu erhöhen und mehr Auszubildenden einen Anspruch darauf zu geben.

### Ausbildungsgeld für Menschen mit Behinderung

Zu einer menschlichen Gesellschaft gehört, dass Menschen mit Behinderungen an Bildung, Arbeit und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb achten wir zum Beispiel darauf, dass alle, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen lernen und arbeiten, bestmöglich unterstützt wer-

den. Im Bundestag haben wir jetzt beschlossen, für sie das Ausbildungsgeld zu erhöhen.

### Wohngeld

Wohnen muss für alle bezahlbar sein. Wir wollen deshalb das Wohngeld zum 1. Januar 2020 erhöhen. Außerdem passen wir den Zuschuss zur Miete alle zwei Jahre automatisch an die Entwicklung der Mietpreise und Einkommen an. Von unserer Wohngeldreform werden rund 660.000 Haushalte profitieren.

### Kindergeld

Wir entlasten ab dem 1. Juli Familien noch stärker über das Kindergeld. Familien mit wenig Einkommen stärken wir über den Kinderzuschlag, insbesondere auch Alleinerziehende können so spürbar mehr Geld bekommen.

### Bildungs- & Teilhabepaket

Jedes Kind verdient die besten Chancen - egal, wie viel Geld die Eltern verdienen. Darum haben wir das Bildungs- und Teilhabepaket für Familien mit wenig Einkommen verbessert. Ab dem 1. August gibt es für sie jetzt u.a. Mittagessen und Schülerticket kostenfrei und Nachhilfe für mehr Schüler\*innen.

### Angehörigentlastungsgesetz

Das Angehörigentlastungsgesetz, sieht vor, dass Angehörige künftig erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro vom Sozialamt in Anspruch genommen werden — und

zwar in der gesamten Sozialhilfe. Bisher galt diese Regelung nur bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Für Angehörige von volljährigen Menschen mit Behinderungen, die Eingliederungshilfe nach dem Bundesteilhabegesetz erhalten, fällt dieser sogenannte Unterhaltsrückgriff in Zukunft sogar vollständig weg.

### Hebammenreformgesetz

Das Hebammenreformgesetz sorgt dafür, dass die Hebammenausbildung moderner und attraktiver wird. Denn Hebammen helfen bei einem guten Start ins Leben und leisten somit eine für unsere Gesellschaft unverzichtbare Arbeit. Künftig werden angehende Hebammen in einem dualen Studium mit hohem Praxisanteil ausgebildet. Damit wird den hohen Anforderungen an Hebammen im komplexeren Gesundheitsystem entsprochen. Mit dieser Ausbildungsreform wird zugleich die Berufsanerkennungsrichtlinie der Europäischen Union umgesetzt. Das Gesetz soll Anfang 2020 in Kraft treten.

### Psychotherapeut\*innen-Ausbildung

Um die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland zu stärken, wird nun die Ausbildung zu Psychotherapeut\*innen grundlegend modernisiert. Dieses Gesetz ermöglicht dann ein längst überfälliges Direktstudium der Psychotherapie. Wir haben zudem dafür gesorgt, dass die Erstausbildung nichts kosten darf.



**Wir wollen Klimaschutz sozial gerecht gestalten.**

Illustration: KENG MERRY Paper Arts / Shutterstock.com

# Bartol unterwegs



100 Jahre Ortsverein Marburg-Cappel



SPD Sommerfest Marburg



SPD Sommerfest Bad-Endbach



Kirchgartenfest in Niederweimar



Flohmarkt bei den Waggonhallen in Marburg



Straßenmalerfest in Neustadt



Wandertag mit dem SPD Ortsverein Großseelheim



Unterwegs mit Kirsten Fründt und Hubertus Heil

# Kalenderauszug

17.11.2019 - 13:30 Uhr

Zentrale Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag 2019 im Deutschen Bundestag

20.11.2019 - 14:00 Uhr

Austausch mit Professor\*innen der Philipps-Universität Marburg

20.11.2019 - 16:15 Uhr

Besuch des Cafè Nikolai im MGH Marburg

23.11.2019 - 10:00 Uhr

Landesverbandsschau Rassegeflügelzüchter in der Markthalle Kirchhain

23.11.2019 - 15:00 Uhr

Kreisverbandsschau Rassekaninchenzüchter in Bottenhorn

23.11.2019 - 16:00 Uhr

100 Jahr-Feier der SPD Biedenkopf im Bürgerhaus Kombach

06.12. - 08.12.2019

Teilnahme am Bundesparteitag der SPD in Berlin

14.12.2019 - 09:30 Uhr

Unterbezirksparteitag der SPD Marburg-Biedenkopf in Rauschenberg

14.12.2019 - 14:30 Uhr

Besuch der Weihachtsfeier des Gehörlosen Vereins in Biedenkopf

09.01.-10.01.2020

Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion

23.01.2020 - 17:00 Uhr

Teilnahme Podiumsdiskussion „Zukunft der Mobilität - neue Wege zur Finanzierung des ÖPNV“  
Hessischer Landtag

25.01.2020

Jahresauftaktseminar der Jusos Marburg-Biedenkopf in Kirchvers

25.01.2020 - 18:00 Uhr

Neujahrsempfang des Landkreises Marburg-Biedenkopf

26.01.2020 - 11:00 Uhr

Jubilarehrung der SPD Marburg

## Impressum

Sören Bartol, MdB

Wahlkreisbüro

Biegenstraße 33

35037 Marburg

06421 / 1699016

soeren.bartol.wk@bundestag.de